

Alarm für Österreich: EU plant Sparmaßnahmen wegen riesigem Budgetdefizit!

Die EU-Kommission plant ein Defizitverfahren gegen Österreich wegen überhöhter Staatsausgaben – finanzielle Maßnahmen stehen bevor.



Nachrichten AG

Vienna, Österreich - Die EU-Kommission hat Alarm geschlagen: Ein Defizitverfahren gegen Österreich wird in Betracht gezogen. Laut **vienna.at** überschreitet Österreichs Budgetdefizit die von der EU festgelegten Fiskalregeln erheblich. Diese Regeln sehen vor, dass das jährliche Budgetdefizit maximal 3 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) betragen darf.

Die finanziellen Herausforderungen resultieren aus den enormen Kosten, die durch die Corona- und Energiekrise verursacht wurden. In den kommenden Monaten wird es entscheidend sein, wie Österreich auf diese Herausforderungen reagiert. Ein

Defizitverfahren ist ein mehrstufiger Prozess, der umfasst, dass die EU-Kommission Vorschläge und Empfehlungen zur Reduzierung des Defizits unterbreitet. Österreich steht nun unter Druck, darzulegen, wie es sein Defizit abbauen möchte, wobei die EU den Fortschritt kontinuierlich überwacht.

Strenge Vorgaben der EU

Die EU-Kommission wird spezifische Vorgaben für den erforderlichen Sparkurs machen, was den Handlungsspielraum der österreichischen Regierung erheblich einschränken könnte. Notwendige Maßnahmen zur Defizitreduzierung werden wahrscheinlich unpopuläre Entscheidungen zur Kürzung von Ausgaben oder zur Erhöhung von Einnahmen erfordern.

Zusätzlich wird ab dem 30. April 2024 eine neue Regelung in Kraft treten, die die Tragfähigkeit öffentlicher Finanzen in den Mitgliedstaaten weiter sichern soll. Angaben von **Parlament.gv.at** zufolge sind die Mitgliedstaaten, einschließlich Österreich, verpflichtet, ihre Nettoausgabenpfade und budgetären Ziele für die kommenden Jahre darzulegen und sich an länderspezifischen Referenzpfaden zu orientieren.

Finanzielle Perspektiven und Konsolidierungsbedarf

Für Österreich wurde bereits ein Konsolidierungsbedarf von 2,6 Milliarden Euro für das Jahr 2025 ermittelt, der bis 2028 auf 9,9 Milliarden Euro ansteigen könnte. Dies erfordert zusätzliche Einsparungen von durchschnittlich 2,5 Milliarden Euro jährlich. Bei der Umsetzung eines Reform- und Investitionspakets könnte dieser Anpassungszeitraum auf sieben Jahre verlängert werden, was den Konsolidierungsbedarf auf 1,5 Milliarden Euro für 2025 reduzieren würde.

Zudem müssen die ersten Fiskalstrukturpläne bis zum 20. September 2024 vorgelegt werden. Diese Pläne sollen die

spezifischen Herausforderungen adressieren, vor denen Österreich steht, sowie die EU-Prioritäten berücksichtigen. Zu den empfohlenen Maßnahmen gehören die Stabilisierung der Schuldenquote und die Verbesserung der Energieversorgungssicherheit, um etwaige Emissionen im Verkehrsbereich zu reduzieren.

Die politisch brisante Situation wird durch die Neuwahlen des Nationalrats am 29. September 2024 zusätzlich angeheizt, da die nächste Regierung gefordert wird, einen ersten Fiskalstrukturplan zu erstellen. Es bleibt abzuwarten, wie die Regierung auf die drängenden finanziellen Herausforderungen reagieren wird, die durch die EU vorgegeben werden.

Für tiefergehende Informationen zur Einhaltung der EU-Fiskalregeln und deren Auswirkungen auf die Mitgliedstaaten ist ein Besuch der Seite von Eurostat empfehlenswert: **Eurostat**.

Details	
Vorfall	Finanzmarkt
Ursache	Budgetdefizit, EU-Fiskalregeln
Ort	Vienna, Österreich
Quellen	• www.vienna.at • ec.europa.eu • www.parlament.gv.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at